

Dresdener Nachrichten

Siegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Geschäftsnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Zulassung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zulassung monatlich 21.- M., vierteljährlich 63.- M., die einschließlich 32 zum Briefe 5.- M. Bei Familienangehörigen, Anzeigen unter 20 Zeilen u. Hochdruckmarkt, 10 Zeilen 25.- M., Bezugsgebühren laut Tarif, Ausland, Zustelgeb. gg. Vorzugsbil. Anzeigenpreis 6. Bezahlungsstellen 50 Pl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck v. Verlag von Gleditsch & Neumann in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS
Weltmarke.

Wolfframm

FLÜGEL
Weltmarke.

Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Neue Schwierigkeiten in der russischen Frage.

Die Verhandlungen mit Rußland auf dem letzten Punkt.

Genova, 25. April. In der Sachverständigen-Kommission, die sich mit der russischen Delegation beschäftigt, kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Die Russen verlangten ein 30-jähriges Moratorium, Kreditgewährung und vollständige Anerkennung der Sowjetregierung, lehnten dagegen die Kriegsschulden seit August 1914 ab. Zur Frage der Entschädigung des beschlagnahmten Eigentums wurde russischerseits erklärt, eine Rückzahlung oder Erlaß des Eigentums könne nicht erfolgen, da in Rußland alles nationalisiert sei. Dagegen verlangte Rußland die Auslieferung der Gelder der normalen Regierung, die sich noch in englischen und französischen Banken befinden. Auf den englischen Einwurf, wie man eine Rückzahlung fordern könne, wenn man selbst keinen Erlaß leisten wolle, erwiderten die Russen, daß sei darin begründet, daß es in Rußland kein Privateigentum mehr gebe, wohl aber in England und Frankreich. Die Russen schlugen vor, daß sich die Alliierten an staatlichen Aktiengesellschaften mit ihrem Kapital beteiligen sollten, die binnen kurzen gebildet werden würden. Der französische Vorsitzende erklärte darauf, die Auslieferung sei von großem Nutzen gewesen. Man verleihe jetzt den russischen Staatsbankrott die Eigenschaften für zwecklos. Die Sitzung wurde darauf vertagt mit der Begründung, daß die Frage ohne die Russen erörtert werden müsse.

Keine Hoffnung mehr auf ein Kompromiß.

Genova, 25. April. In Genova glaubt man nicht, daß es noch möglich sein werde, zu irgendeinem Kompromiß zwischen den Alliierten und den Russen zu gelangen. Die russische Delegation erklärt ausdrücklich, daß die von Fichtelscher in der Sachverständigenkommission formulierten Forderungen ein Mindestmaß darstellen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden könne. Sie wollen auch für die Zukunft keine Zugeständnisse machen, daß weitere Rationalisierungen von Privateigentum nicht erfolgen würden. Eine weitere Schwierigkeit bildet die Frage der Kreditgewährung an Rußland. Die Russen erklären, daß, wenn ihnen eine derartige Anleihe nicht bewilligt werde, für sie ein Ueberkommen mit den Westmächten kein Interesse hätte, und da es sehr unwahrscheinlich ist, daß die Westmächte, besonders Frankreich, sich dazu entschließen, glaubt man annehmen zu müssen, daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten und Rußland zum Scheitern verurteilt sind.

Nach dem jüngsten Programm würde dann nur noch übrig bleiben die Annahme einer Resolution durch die Konferenz, in der die europäischen Mächte sich verpflichten, während der nächsten zehn Jahre

Keinen feindlichen Angriff gegen Rußland

zu unternehmen. An dem Entwurf zu dieser Resolution arbeitet Lord George. Ueber ihren Wortlaut wird er sich mit den Alliierten verständigen. In dieser Resolution über den schwebenden europäischen Frieden wird kein Wort von der Abstraktion oder der Einschränkung der Richtigungen stehen, da Frankreich auf das allerbestmögliche da-

gegen opponiert. In den Kreisen der Delegierten erwartet man, daß die Genueser Konferenz tatsächlich in acht bis zehn Tagen zu Ende sein wird.

Dr. Births Auto von italienischer Polizei angehalten.

Verhaftung des Chauffeurs. — Entschuldigungen der Polizei. Genova, 25. April. Als der Reichskanzler Dr. Birth gestern im Automobil durch Nervi fuhr, wurde der Wagen von Carabinieri angehalten, der Chauffeur wegen zu raschenfahrens verhaftet und zur Polizei gebracht. Den führerlosen Wagen mit dem Reichskanzler ließen sie auf der Straße stehen. Dr. Birth mußte zu Fuß bis zum Sitz der deutschen Sachverständigen nach Genova gehen und von dort nach einem zweiten Wagen telephonieren. Inzwischen hatte man auf der Polizei in Nervi festgestellt, daß es sich um den dem Reichskanzler zur Verfügung gehaltenen Chauffeur handelte. Der Beamte der Polizei erschien eine halbe Stunde später in großer Uniform beim Reichskanzler, um sich zu entschuldigen.

Abreise Dr. Hermes' aus Genova.

Dr. Hermes' Abreise. — Dr. Hermes' Abreise. Berlin, 25. April. Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes reist heute abend von Genova ab, um an der Finanzkonferenz der deutschen Länder in Barabara teilzunehmen. Wechselt er dabei von der deutschen Delegation ab, die bereits von Genova abgereist.

Der Eindruck der Poincaré-Rede in Genova.

Der Eindruck der Poincaré-Rede. — Der Eindruck der Poincaré-Rede. Genova, 25. April. Der Inhalt der Rede Poincarés ist im Laufe des heutigen Abends sehr bekannt geworden und hat in allen Konferenzkreisen lebhaften Eindruck gemacht. Man wird die Empfindung nicht los, daß der Redner, welcher seit Beginn der Konferenz hinter ihr geblieben hat, nunmehr eine immer drohendere Gefahr annehmen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Genueser Tagung immer wieder in Licht zu setzen.

Kein Genova-Erfolg ohne Revision von Versailles

Kein Genova-Erfolg ohne Revision von Versailles. — Kein Genova-Erfolg ohne Revision von Versailles. Berlin, 25. April. Der englische liberalistische Parlamentarier Kenneth, der auf der Rückreise von Genova nach London in Berlin weilt, erklärte gestern Abend Pressevertretern über seine in Genova gewonnenen Eindrücke, daß er wegen des Ausganges der Konferenz wenig optimistisch sei. Wenn der Wiederaufbau Europas ernstlich durchgeführt werden solle, so müsse man ohne Rücksicht auf die Revision des Versailler Vertrages gehen, Deutschland die Lebensmöglichkeiten verschaffen, deren es nicht entbehren könne, und Rußland vorzuschaffen in die europäische Gemeinschaft wieder aufnehmen. Was bisher in Genova erreicht wurde, sei immer das Ergebnis von Privatgesprächen mit Lord George gewesen, bei denen die Deutschen zu kurz gekommen wären. Unter diesen Umständen könne man sich nicht wundern, daß die deutsche Regierung es für richtig gehalten habe, ein unmittelbares Abkommen mit Rußland abzuschließen.

Englands unter Verletzung klarer Versprechungen den verärrlichen Vertrag von Anzora abzuwickeln. Wenn Frankreich zum dritten Male versuchen sollte, vom gemeinsamen Wege abzuweichen, so würde die Verantwortlichkeit Englands zum Mitspielen dies kaum übersehen. (M. T. B.)

Pierpont Morgan Mitglied des Ausschusses für die Reparationsanleihe.

Pierpont Morgan Mitglied des Ausschusses für die Reparationsanleihe. — Pierpont Morgan Mitglied des Ausschusses für die Reparationsanleihe. London, 25. April. Reuter meldet aus New York, daß Pierpont Morgan die Einladung der Reparationskommission, Mitglied des Ausschusses zur Ermöglichung der Ausgabe einer internationalen Anleihe für Deutschland zu werden, angenommen habe. (M. T. B.)

Ausweisung der Deutschen aus Georgien?

Ausweisung der Deutschen aus Georgien? — Ausweisung der Deutschen aus Georgien? Berlin, 25. April. Einer hiesigen Korrespondenz zufolge hat die Regierung Georgiens in einer Note an die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich genötigt sehe, die deutschen Staatsbürger, die in Georgien leben, zum Verlassen Georgiens zu veranlassen, da die deutsche Regierung die wiederholten Angebote, ein Handelsabkommen mit Georgien abzuschließen, unberücksichtigt und sogar ohne Antwort gelassen habe.

Wie und unsere Berliner Schriftleitung hieran dröhrt, wird die Meldung in Berliner amtlichen Kreisen für nicht zutreffen gehalten. Ausgewiesen wurde der deutsche Generalkonsul in Batum. Röhres' darüber ist noch nicht zu erfahren, da die Verbindung mit Batum unterbrochen ist. Die deutschen Handeltreibenden in Georgien können jedenfalls noch unbehelligt ihren Geschäften nachgehen.

10 Milliarden Belastungshosten in Oberschlesien.

10 Milliarden Belastungshosten in Oberschlesien. — 10 Milliarden Belastungshosten in Oberschlesien. Berlin, 25. April. Wie die polnische Telegraphen-Agentur aus Paris meldet, sollen die Belastungshosten für Oberschlesien 10 Milliarden Mark betragen und von Deutschland und Polen im Verhältnis des ihnen ausgesprochenen Teiles bezahlt werden. — Das preussische Staatsministerium hat im preussischen Landtage einen Gesetzentwurf zur Überleitung des Hochwasserstandes im ober-schlesischen Abflussgebiet vorgelegt.

Aus unserm Sachsenland.

Von Oberst a. D. G. Richter.

Die hohe Reichspolitik darf unseren Blick nicht völlig von den Vorgängen im engeren Vaterlande abziehen. Sie sind für uns Sachsen von allergrößter Bedeutung. Denn sich die beiden Reichsparteien jetzt zu dem Entschluß durchgerungen haben, die Landtagsauflösung zu verlangen, so bedeutet das den letzten auf Jahre hinaus möglichen Versuch der nichtsozialdemokratischen Volkspartei, das auf Staat und Volk ruhende Joch einer verderblichen und einseitigen Parteiherrschaft abzustütteln und geordnete Zustände herbeizuführen. Gelingt dieser Versuch nicht, so gehen wir schlimmen Zeiten entgegen. Es muß endlich einmal klar und klar ausgesprochen werden, daß die jetzige Regierung für Sachsen eine untragbare Parteioronnie bedeutet.

Seit der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Regierung ihr Schuldkonto immer belastet. Allein darin, daß sie überhaupt in der jetzigen Zusammenfassung besteht, liegt eine schwere Verletzung gegen Volk und Staat und eine Verhöhnung wider den Geist der demokratischen Verfassung des Staates. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes, d. i. des ganzen Volkes. Die letzten Landtagswahlen erbrachten den Beweis, daß sich das sächsische Volk fast zu gleichen Teilen aus Anhängern der Sozialdemokratie und ihrer Gegner zusammensetzte. Dem demokratischen Grundgedanken hätte somit allein eine Regierung entsprochen, die gleichmäßig aus Vertretern der beiden Weltanschauungen bestand. Zu einer solchen Regierungsbildung waren große bürgerliche Parteien bereit. Aber was geschah? Die beiden Reichsparteien wurden überhaupt nicht zugelassen und nach kurzer Zeit der Mitarbeit wurde sie den Demokraten unmöglich gemacht. Sie mußten sich zurückziehen. An ihre Stelle traten Vertreter der Antisozialisten, die bei den Landtagswahlen weit in der Minderheit geblieben waren. Selbst dem besonnenen Element der Mehrheitssozialdemokratie wurde jeder Einfluß genommen. Die Herren Lipinski, Fleischer, Felsch und Zeigner ergriffen die Zügel. Aber auch ihr Diktat ist dauernd gefährdet. Sie können ihr Leben als Minister nur so lange fristen, als es ihren Gegnern von noch weiter links, den Kommunisten, gefällt. Nur solange diese wollen — sie bilden nebenbei im Landtage ein Praktikum von neun — bleibt die Regierung bestehen. Sie bei guter Laune zu halten, gebietet somit der Selbsterhaltungstrieb der Minister. Die oft der Sachkenntnis entbehrende, durch Parteilichkeit geleitete Regierungswirtschaft erschöpft sich insoweit darin, den Kommunisten keinen Anlaß zum Zurückweichen zu geben. Denselben Kommunisten, die die Sozialdemokraten mehrfach als die größten Schwächlinge der Partei und auch an der Arbeiterbewegung bedroht haben, denselben Kommunisten, denen nach den Veröffentlichungen in der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Presse die Geldmittel zu ihrer alles zerschlagenden und zerstörenden Arbeit die Moskauer Heißbringer liefern. Die Kommunisten sind sich natürlich ihrer Macht völlig bewußt und gebrauchen sie mit der ihnen eigentümlichen Weisheit rücksichtslos. So erleben wir in Sachsen seit langem das Schauspiel, daß in Sachsen eine verschwindende Minderheit von Demokraten regiert, die offen und selbstbewußt sowohl den jetzigen Staat wie die durch die Verfassung gewährleistete Wirtschaft und Gesellschaftsordnung selbst mit Gewalt zu zerstören beabsichtigen wollen. Um ihre Herrschaft zu erhalten, trägt man sich offenbar jetzt mit dem Gedanken, ihnen einen Sitz in der Regierung einzunehmen. Ein „gemäßigter“ Kommunist — welcher Name am liebsten gesunde Empfinden, als wenn ein Kommunist gemäßigt sein könnte — soll Minister werden. Während in Rußland die Volkswirtschaften ihren Arm nach einander begannen, der ihr Land in einen Trümmerhaufen, in eine Abwärtsspirale des Grauens und Elends verwandelt, Millionen von Russen das Leben gelostet hat, will man den Elementen bei uns, die noch nicht gelernt haben, die Wahlkreise zu gleichen Experimenten eröffnen. D. h. nichts anderes, als daß man unser Vaterland aus verblenderer Herrschsucht missend zugrunde richten will.

Wie sich die Regierungswirtschaft der jetzigen Männer auswirkt, fühlen wir tagtäglich mit vaterländischer Trauer. Unser altes, bewährtes, sachkundiges und pflanzliches Beamtenkorps, das dereinst unser Stolz und der Gegenstand des Neides aller anderen Länder war, wird befeitigt und systematisch zerstört, obwohl selbst sozialdemokratische Minister ihre uneingeschränkte Anerkennung gesollt haben. In die Beamtenstellen werden vielfach Parteiführer ohne genügende Vorbildung für ihr Amt eingeschoben. Daraus wird daran gearbeitet, die Polizei zu einer Schutzgarde des Antisozialismus herabzuwürdigen. Gegen die Fundamentallage vernünftiger Wirtschaft wird mit gleicher Kraft gewürdet, wie gegen Kirche, Schule und die sittlichen Voraussetzungen, die ein Volk erst zu einem Volke machen. Keine Gelegenheit läßt man vorbeigehen, um Andersdenkenden einen Dorn zu stecken. Vaterländisches, christliches Empfinden wird rücksichtslos bedrückt. Die Männer, die es nach der Revolution nicht fertig brachten, ihre selbsterregten Ueberzeugungen zu wechseln, stellt man trotz ihrer Bereitschaft zur vaterländischen Mitarbeit als Feinde des Volkes und Staates hin. Anstatt ihrer Pflicht zu gedenken, alle Schichten des Volkes zu gemeinsamer Arbeit am Wiederaufbau zusammenzuführen, läßt unsere Minister Anführer und Vorkämpfer der unheiligen Klassenengegenseite, die das Volk zerreißt. Anstatt aufklärend über die wahre Gefahr unseres Elends, d. i. das Versailler Schandwerk, zu wirken, täuscht man der Blind und Irrsinn gemachten

England zur Poincaré-Rede.

London, 25. April. Die Rede Poincarés in Bar-le-Duc findet in der Presse große Beachtung. Während die „Times“ meint, die Erklärungen Poincarés seien frei von Rhetorik und Drohungen, nennt „Westminster Gazette“ die Rede eine „deutlich gerichtete Drohung“. — „Daily Herald“ schreibt in seinem Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincarés“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seinen Stellvertreter aus Genova zurückziehen werde, sollten sie um himmelswillen gehen. Poincaré sei eine Gefahr, weil er erst gewonnen werde. Sobald sein Bluff entfällt sei, werde er aufhören, Europa zu verzerren.

„Daily Chronicle“, dessen nahe Beziehungen zu Lord George bekannt sind, schreibt in einem Poincarés Rede über-schriebenen Leitartikel: Die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genova am letzten Sonntag, die versuchte, eine neue Krise aus dem alten Material zu erzeugen, von dem niemand hoffte, daß es erledigt sei, wurde von den in Genova anwesenden Personen auf das Treiben Poincarés zurückgeführt. Dieser Eindruck wird jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt, die Poincaré gestern in Bar-le-Duc gehalten hat. Eine Rede wie die geistige, die von einem Nicht-teller immer außerhalb der Genueser Konferenz gehalten wurde, wirkt wie ein Gift, das von außen in eine keine Maschine geworfen wird. Sie bedeutet, daß bei der Person, die es geworfen hat, nicht der Wunsch zu helfen besteht, sondern nur zu zerstören.

Die Drohung mit Zwangsmaßnahmen enthält enthält die letzte Drohung, daß Frankreich seine Alliierten unerschützt und den Säbel allein schwingen werde, wie es das in Frankreich getan hat. Die Alliierten Frankreichs können nur antworten, was sie damals getan haben, nämlich das, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seine eigenen Wege geht, daß die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten könne. Bereits seit zwei Anlässen ist Frankreich allein vorgegangen. Das erste Mal, als es in Frankreich eintrat und dann, als es hinter dem Rücken